



Abschied von der globalen Strukturpolitik

Kürzen, verschleiern, rechtfertigen: das ist die neue schwarz-gelbe marktliberale Entwicklungspolitik. Minister Niebel will sich um jeden Preis von dem erfolgreichen Jahrzehnt sozialdemokratisch geprägter Entwicklungspolitik als globaler Strukturpolitik absetzen. Durch die Fokussierung auf nationale Projekte statt international abgestimmter Politik riskiert er den guten Ruf, den sich Deutschland in der Entwicklungspolitik erworben hat.

Auswirkungen der schwarz-gelben Entwicklungspolitik

Das Freiwilligenprogramm „weltwärts“, das jungen Erwachsenen ermöglicht, die Arbeit im Kampf gegen Hunger und Armut hautnah kennen zu lernen, wird um ein Viertel gekürzt, bevor es richtig aufgebaut ist. Entgegen aller Warnungen der beteiligten Organisationen verhindert Niebel, dass das Programm wie geplant weitergeführt werden kann. Er rechtfertigt das damit, dass „weltwärts“ noch nicht überprüft sei. Dabei gibt es diese Möglichkeit für junge Menschen sich vor Ort zu engagieren erst seit 2007, und das Programm sollte auf 10.000 Plätze ausgeweitet werden. Doch bevor Prüfergebnisse vorliegen, sogar schon vor Beginn der Überprüfung, kürzen Minister Niebel, Minister Schäuble und nicht zuletzt die Kanzlerin den jungen Menschen die Gelder. Hiervon sind auch die Organisationen betroffen, die ihren Aufenthalt in Entwicklungsländern vorbereiten. Sie haben schon Geld und Personal in den weiteren Ausbau von „weltwärts“ investiert. Wenn jetzt Minister Niebel und seine Parlamentarische Staatssekretärin Kopp dem Parlament und der Öffentlichkeit gegenüber beteuern, dass noch alle, die für das Jahr 2010 gemeldet sind, ausreisen können, ist das wieder Augenschwärze und vertuscht erneut die trotzdem beibehaltene Mittelkürzung.

Auch beim Klimagipfel in Kopenhagen gab es leere Versprechungen der Bundesregierung. Für Klimaprojekte in Entwicklungsländern gibt es öffentlichkeitswirksam aufgeblähte Scheinfinanzierung mit Geldern, die von der letzten Bundesregierung längst für diese oder andere Entwicklungsprojekte vorgesehen waren.

Zusagen nicht erfüllt

Deutschland wurde gerade von der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gerügt, weil die Zusagen zur Erhöhung der Entwicklungshilfe im Jahr 2010 nicht erfüllt wurden. Afrika hat nicht die international versprochenen Hilfen erhalten. Die deutsche ODA-Quote, der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen, liegt bei nur 0,4 Prozent statt der für 2010 zugesagten 0,51 Prozent. Dabei hat Schwarz-Gelb Gelder, die von der letzten Bundesregierung bereitgestellt waren, nicht ausgezahlt, damit diese für 2010 angerechnet werden können und so die eigene schlechte Bilanz aufpolieren.

Der neue Minister kürzt an der falschen Stelle. Er will zurück zur projektorientierten Entwicklungszusammenarbeit als deutsche Klientelbedienung im Außenhandel. Minister Niebel bricht Merkels Versprechen bei den G8-Gipfeln an die Ärmsten der Welt. Der neue Minister ignoriert die bestehenden europäischen Vereinbarungen über besser abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit, mehr Transparenz, ‚ownership‘, Korruptionsbekämpfung und Kohärenz, denn er fordert solches mit großen Sprechblasen als eigene neue Erkenntnis. Damit verkauft er Deutschlands Glaubwürdigkeit und gefährdet Entwicklung.

Armut bekämpfen

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik hatte und hat den Anspruch, Armut zu bekämpfen, eigene Verantwortung mit Transparenz zu stärken und globale Gerechtigkeit durch Strukturpolitik zu erreichen. Dazu dient solide Finanzierung durch eine Finanztransaktionssteuer, wie sie die SPD fordert.